

Diskussion um den Sägeplatz

Gemeinderat Gottenheim / Änderung des Bebauungsplanes „Sägeplatz“ / Thema vertagt

Gottenheim. Vertagt wurde im Gottenheimer Gemeinderat die von der Verwaltung eingebrachte Änderung des Bebauungsplanes „Sägeplatz“.

Zahlreiche Zuhörer waren in die erste Gemeinderatssitzung nach dem Weggang von Bürgermeister Volker Kieber, die Bürgermeisterstellvertreter Kurt Hartenbach souverän leitete, gekommen. Viele von ihnen waren Nachbarn des Sägewerks, die die zahlreichen baulichen Änderungen auf dem Areal kritisch beobachteten. Doch gerade um diese Gebäude sollte es laut Stadtplaner Ulrich Ruppel nicht gehen. Vielmehr sah die Bebauungsplanänderung die Herabstufung der Geschossflächenzahl von 1,6 auf 1,2 und bei den Bauvorschriften die Änderung der vorgeschriebenen „offenen Bauweise“ in eine „abweichende Bauweise“ vor. Die gewerbliche Nutzung habe sich in Gottenheim in Richtung Gewerbegebiet Nägelsee entwickelt, so Ruppel,

wohingegen es im Bereich Sägeplatz das Problem des engen Nebeneinanders von Sägewerk und Wohnbebauung gebe. Daher sei es nicht zielführend, meint der Stadtplaner, den Sägeplatz gleichwertig als Gewerbestandort weiter zu entwickeln. Entsprechend mache die Herabstufung der Geschossflächenzahl Sinn, insbesondere da der Sägewerksbetreiber selbst die geringere Geschossflächenzahl noch längst nicht ausgenutzt habe und dies auch nicht wolle. Die Änderung hin zu einer „abweichenden Bauweise“ begründet Ruppel damit, dass dann der Plan an den Bestand angepasst werden könne und so die maximal zulässige Gebäudelänge nicht mehr 50 Meter betrage sondern auf 90 Meter heraufgesetzt werden könne.

Im Rat gab es zu der Planänderung einige kritische Nachfragen, so befürchtete Claudia Faller-Tabori (Frauenliste), dass, wenn die Planung an den Bestand angepasst

werde, dieser nachträglich festgeschrieben werde. Auf die Frage von Wolfgang Streicher (SPD), warum der gleichlautende Beschluss von 2006 nicht umgesetzt worden sei, erläuterte Hartenbach, damals sei der Eigentümer nicht bereit gewesen, die Kosten der Planänderung zu übernehmen. Rechnungsamtsleiter Thomas Barthel ergänzte, es würden aber durch die Herabstufung auch Erschließungsbeiträge zurück erstattet, so dass das Verfahren wohl kostenneutral ausgehe.

So entstünden aber trotzdem Kosten für die Gemeinde monierte Alfons Hertweck (CDU) während Heinz Nikola (FWG) erklärte, es gebe so viele neue Gebäude auf dem Areal, er hätte vor der Planänderung gerne den aktuellen Stand, darüber, wie das Gebiet derzeit wirklich bebaut ist.

Seinem Antrag auf Vertagung schloss sich der Rat anschließend einstimmig an. (mag)